

## Newsletter – Ausgabe Nr. 12

Liebe Genossinnen und Genossen,

unsererseits die besten Wünsche für die kommenden 340 Tage des Jahres 2019. Auf das wir gemeinsam mit unseren Aktivitäten erreichen, dass es im Ruhrgebiet ein Stückchen mehr soziale Gerechtigkeit und mehr Teilhabe für Alle gibt. Damit wir dies schaffen können, bauen wir auf die bestehende Zusammenarbeit deren Ausbau mit den Rats- und Kreistagsfraktionen und Einzelvertreter\*innen in den Kommunen des Ruhrgebietes, den Kreisverbänden und dem Landesvorstand DIE LINKE.NRW.

Für den 28. März 2019 planen wir eine Diskussionsveranstaltung zum Einfluss der europäischen Regional- und Strukturförderung auf die Entwicklung der Lebensverhältnisse im Ruhrgebiet in Zusammenarbeit mit Martina Michels (MdEP). Die Veranstaltung wird in den Räumen des RVR in Essen stattfinden. Alle sind herzlich eingeladen, mit uns darüber zu diskutieren, was sich an der Förderpolitik in Brüssel aber auch in Berlin und Düsseldorf ändern muss! Bitte merkt Euch den Termin vor!

Nach dem Abschluss der Öffentlichkeitsbeteiligung zum Entwurf des neuen Regionalplans Ruhr Ende Februar wird am Ende des Jahres die politische Bewertung der vorliegenden Anregungen erfolgen. Hier sind wir an euren Einschätzungen vor Ort sehr interessiert und freuen uns auf den weiteren Austausch mit Euch.

Außerdem steht in diesem Jahr die Entscheidung über den Kauf von Haldenflächen der RAG an. Für uns ist wichtig, dass die RAG nicht aus ihrer Verantwortung zur Flächenentwicklung entlassen wird und diese mitfinanziert. Bevor der Vertrag endgültig geschlossen wird, sollten erste Ergebnisse zu den Entwicklungsmöglichkeiten vorliegen. Darüber hinaus erwarten wir, dass die Kommunen auf Augenhöhe an dem Prozess beteiligt werden.

Dran bleiben werden wir am Thema Ruhrkonferenz der Landesregierung. Mit blumigen Worte von Armin Laschet, was man nach der Schließung der Zeche Prosper Haniel für die Region erreichen will, der Benennung von 20 Themenfeldern für die Konferenz, macht man keinen Schritt zur Lösung der drängendsten Fragen des Strukturwandels im Pott. Dabei liegen die Themen, die man angehen muss, auf der Hand! Mit der Beteiligung des RVR und der Ruhrgebietskommunen auf Augenhöhe, könnten Lösungen schneller gefunden werden. Es muss bspw. um die Schaffung von mehr gut bezahlten Arbeitsplätzen, die Erhöhung der Anstrengungen zur Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose gehen. Daran ändert auch die „Erfolgsmeldung“ nicht, dass 2018 die Arbeitslosenquote im Ruhrgebiet auf 9,5 % gesunken ist.

Auch die Feststellungen der Ministerin Ina Scharrenbach bei der Vorstellung des Kommunalfinanzberichtes des Landes sind alt bekannte Tatsachen. Der jährlich erscheinende Kommunalfinanzbericht des RVR verweist seit längerem darauf, dass die Ruhrgebietskommunen im Vergleich zum Landesdurchschnitt höhere Sozialausgaben tragen, die Investitionen in die Infrastruktur immer weniger werden, Personalknappheit in den Ämtern die Situation noch verschärft.

Ganz zu schweigen vom Thema Mobilität. Die vorgelegte Mobilitätsanalyse fürs Ruhrgebiet hat deutlich gemacht, wie sehr das Ruhrgebiet in Sachen ÖPNV hinterherhängt, hier muss endlich mehr investiert werden.

Es gibt also auch in 2019 wieder eine Vielzahl von Austausch- und Kooperationsmöglichkeiten zwischen uns.

Auf den nächsten Seiten findet ihr den Bericht über die wichtigsten Punkte der letzten Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr (RVR), die am 14. Dezember 2018 stattfand. Das Hauptthema auf dieser Sitzung war der Haushalt des RVR.

Auf gute Zusammenarbeit

Wolfgang Freye, Eleonore Lubitz, Fatma Karacakurtoglu, Olaf Jung  
Fraktionsvorstand DIE LINKE im RVR

## Die Themen im Überblick:

### **Wichtiges aus der 21. Verbandsversammlung**

<b>Haushalt abgelehnt – Koalition übte sich wieder einmal im Kopieren unserer Anträge</b>	<b>Seite 2</b>
<b>Schnelle Änderung des Regionalplans für die newPark-Fläche überflüssig</b>	
<b>Vorsorgliche Kündigung der Beteiligung an der Revierpark Wischlingen GmbH gescheitert</b>	<b>Seite 3</b>
<b>Kampagne zur Direktwahl bedarf einer eigenen Handschrift</b>	
<b>Die IGA 2027 – eine echte Chance für die Region – Nachbesserungen notwendig!</b>	

### **Neuigkeiten aus den Ausschüssen**

<b>Radschnellweg Mittleres Ruhrgebiet – Was wird das Gespräch mit dem Land bringen?</b>	
<b>Wohnungsmarktbericht Ruhr liegt vor – Regionales Konzept zum Wohnen notwendig</b>	<b>Seite 4</b>

### **Einige Pressemitteilungen**

Eine anregende Lektüre wünscht DIE LINKE im Regionalverband Ruhr!

---

## **Haushalt abgelehnt – Koalition übte sich wieder einmal im Kopieren unserer Anträge**

---

Auf der Verbandsversammlung am 14. Dezember 2018 wurde der Haushalt 2019 nur mit den Stimmen der Großen Koalition von CDU, SPD und Grünen beschlossen.

Die Fraktion DIE LINKE lehnte den Haushalt aus mehreren Gründen ab. Zum einen halten wir die Verausgabung von 3 Millionen Euro für die ausschließlich auf Wirtschaftsinteressen bezogene Standortmarketingkampagne und deren Fortführung bis 2022 für falsch. Sie gehört für uns nicht zu den Aufgaben des Verbandes. Ihr Nutzen wird kaum evaluiert, die Erfolge sind bisher nicht messbar, die Wirtschaft selbst beteiligt sich nur im Rahmen der Eigenvermarktung an den Kosten.

Ein weiterer Grund waren unsere Bedenken zur einmalig starken Erhöhung der Mittel für die Fraktionen. Dass einige unserer Anträge durch die Verwaltung trotzdem in diesem Jahr umgesetzt werden, kommt daher, dass die XXL-Koalition einzelne unserer Anträge in abgewandelter Form am Nachmittag vor der Verbandsversammlung selbst einbracht hat. Den „Ideenklau“ gab es schon in den Vorjahren, wir hatten unsere Anträge extra rechtzeitig vor den Beratungen vorgelegt ...

Neu war allerdings der Stil, wie auf Wunsch der XXL-Koalition über die Haushaltsanträge abgestimmt wurde, nämlich im Block, so dass im Einzelnen gar keine Verständigung versucht werden sollte. Deutlich wird daran, dass die Zerbrechlichkeit der Großen Koalition intern – CDU, SPD und Grüne haben viel „Zoff“ – zur Verrohung der Sitten nach außen führt. Das hat mit Transparenz und demokratischen Gepflogenheiten manchmal nicht mehr so ganz viel zu tun.

Wir waren wieder sehr fleißig und haben insgesamt 24 Anträge gestellt, unter anderem zu folgenden Themen:

- Erarbeitung einer Studie zu den Möglichkeiten der Übertragung von Aufgaben seitens der Mitgliedsgemeinden an den Regionalverband Ruhr;
- Bündelung der fachlichen Kompetenzen zur Weiterentwicklung des Radwegenetzes;
- Aufbau einer Social Media Kommunikationsplattform, die es den Bürger\*innen ermöglicht, zu den Themen des RVR mit der Verwaltung in einen Austausch zu treten
- Stärkung der Integration in den Arbeitsmarkt durch Schaffung von Arbeitsplatzangeboten für Langzeitarbeitslose beim RVR und seinen Beteiligungsgesellschaften (dieser Antrag wurde von der GroKo „übernommene“);
- Umwandlung befristeter Stellen, die den Betroffenen keine Lebensplanung ermöglichen, in unbefristete Stellen;
- mehr Ausbildungsplätze bei Ruhr Grün;
- Aufstockung des Investitionsfonds für die Freizeitgesellschaften um 1 Mio. Euro (auch hierzu gab es einen deckungsgleichen Antrag der Großen Koalition).

Alle Anträge und die Rede zum Haushalt findet ihr auf der Internetseite der Fraktion.

---

## **Schnelle Änderung des Regionalplans für die newPark-Fläche überflüssig**

---

Mit der Annahme des Landesentwicklungsplan NRW (LEP NRW) wurde die newPark-Fläche bereits unter rot-grün als Standort für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben ausgewiesen. Die Fraktion hatte damals diese Entwicklung in ihrer Stellungnahme zum LEP (NRW) abgelehnt. Auf die Frage im Planungsausschuss, weshalb nun noch eine schnelle Änderung des Regionalplans der Bezirksregierung Münster erfolgen muss, erhielten wir keine Antwort.

In der Verbandsversammlung lehnten wir als einzige Fraktion die Einleitung des Erarbeitungsbeschlusses ab.

---

### **Vorsorgliche Kündigung der Beteiligung an der Revierpark Wischlingen GmbH gescheitert**

---

Seit mehr als zwei Jahren führen die Gespräche des Verbandes mit der Stadt Dortmund zur Betreuung des Revierparks Wischlingen unter dem Dach der neuen Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr oder in kommunaler Eigenregie zu keinem Ergebnis. Nachdem nun im Rat der Stadt Pläne vorlagen, den Revierpark Wischlingen in die städtische Bäder- und Parkstrukturen einzubinden, fanden wir es an der Zeit, öffentlich über die vorsorgliche Kündigung der Verträge nachzudenken. Vielleicht würde dann die Verwaltung der Stadt bereit sein, in 2019 in konstruktive Gespräche mit dem Verband einzutreten. So beantragten wir die Erarbeitung eines Konzeptes zum schrittweisen Ausstieg unter der Prämisse, dass weder die Gesellschaft noch die Arbeitsplätze gefährdet werden.

Der Antrag führte zu einem hitzigen Schlagabtausch mit dem OB Ullrich Sierau, nachdem die kleinen Fraktionen im RVR Zustimmung zu unserem Antrag signalisierten und die CDU-Fraktion Sympathien für den Antrag äußerte. Dabei wurde hierbei deutlich: Dortmund will keinen klaren Schnitt. Bei einer Übernahme des Bades müsste die Stadt ja auch auf 478.000 Euro/Jahr verzichten. Hinzu kommen bis 2022 Investitionen in den Park mit Hilfe von EU-Fördergeldern von rund 6 Millionen Euro.

Der Antrag wurde schließlich abgelehnt. Aber eins ist klar: Irgendwann muss die Stadtpolitik sich entscheiden. Ein Aussitzen halten wir für falsch!

---

### **Kampagne zur Direktwahl bedarf einer eigenen Handschrift**

---

CDU, SPD und Grüne haben auf Vorschlag der Verwaltung beschlossen, die Kampagne zur Direktwahl des „Ruhrparlaments“ mit der Standortmarketingkampagne zu verbinden. Dies haben wir wie alle anderen Oppositionsparteien abgelehnt. Einen entsprechenden Antrag von uns zur Trennung der beiden Kampagnen schmetterte XXL ab.

Dabei braucht eine solche Kampagne aus unserer Sicht nicht nur eine eigene Bild- und Textsprache, die sich von der auf Kapitalinvestoren und das Manager fixierte Wirtschaftsstandortkampagne nicht erfüllt. Die Entwicklung und Umsetzung der Kampagne sollte auch „im eigenen Haus“ erfolgen. Schließlich soll sie keine einmalige Aktion mit Blick auf 2020 sein, sondern zur ständigen Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes gehören. Mit der Zusammenführung der Kampagnen leidet am Ende auch die Transparenz über die Verausgabung der Mittel.

---

### **Die IGA 2027 – eine echte Chance für die Region – Nachbesserungen notwendig!**

---

Nachdem nun alle Kommunen des Verbandsgebietes Beschlüsse über eine Beteiligung an der IGA gefasst haben, konnte das Land auch endlich zur Zusage von Unterstützung gebracht werden – auch wenn das Land bisher keine Finanzausgaben über „normale“ Fördermittel hinaus machen will. Die Verbandsversammlung hat im Dezember einstimmig einen Grundsatzbeschluss zur Durchführung der IGA gefasst.

Mit einem Änderungsantrag wollten wir erreichen, dass eindeutig festgelegt wird, dass der RVR die zentrale Koordinierungs- und Entwicklungsaufgabe für das Gesamtprojekt wahrnimmt. Nur so können aus unserer Sicht die Effekte in puncto Kooperation der Kommunen, Einbindung der Bürger\*innen in die Projektentwicklung an den Standorten sowie die Vernetzung der Standorte untereinander sichergestellt werden.

Die XXL-Koalition, vor allem die federführende CDU, wollte das nicht. Wir werden das Thema also wieder aufgreifen. Ohne den RVR funktionieren solche regionalen Projekte nicht.

### ***Neuigkeiten aus den Ausschüssen***

---

#### **Radschnellweg Mittleres Ruhrgebiet – Was wird das Gespräch mit dem Land bringen?**

---

Bereits im Oktober hatten wir den Antrag eingebracht, dass in gemeinsamen Gesprächen zwischen Land, RVR und den Städten Gladbeck, Bottrop und Essen über die Möglichkeiten der Trassenführung für den Radschnellweg über die RAG-Trasse beraten werden sollte. Damit sollte der Beschlusslage in der Stadt Bottrop Rechnung getragen werden. Da das Gespräch noch ausstand, wurde der Antrag nicht behandelt.

Seit Freitag gibt es eine Erklärung aller Beteiligten, die besagt, in einer ersten Stufe sollen die Abschnitte von Essen zur Bottroper Innenstadt und von der Stadtgrenze Bottrop zur Gladbecker Innenstadt realisiert werden sollen. Das nun aber sowohl der Radweg über die Bottroper Innenstadt als auch der Radweg über die RAG-Trasse nun nur noch in einem niedrigeren Ausbaustandard erfolgen sollen, halten wir für keinen Kompromiss im Interesse der Radfahrer\*innen und der Förderung der Alltagstauglichkeit der Wege. Da ist man auf einem Streckenabschnitt auf Autobahnniveau unterwegs und dann landet in der Bottrop Innenstadt auf der „Dorfstraße“. Ob man den Ansprüchen an die Kreuzungsfreiheit, die Sicherheit für Radfahrer\*inne und Fußgänger\*innen und der Schnelligkeit gerecht wird, bezweifeln wir. Abzuwarten bleibt außerdem, ob das Land auch dann Wort hält und den Bau der RAG-Trasse entsprechend fördert. Beim Radwegebau an Landesstraßen jedenfalls fließt das Geld eher in den Straßenausbau. Wie Praktisch auch, dass dies der Landeshaushalt zulässt.

---

## **Wohnungsmarktbericht Ruhr liegt vor – Regionales Konzept zum Wohnen notwendig**

---

Den vierten Wohnungsmarktbericht Ruhr könnt ihr unter folgendem Link abrufen:

[https://www.metropoleruhr.de/fileadmin/user\\_upload/metropoleruhr.de/01\\_PDFs/Regionalverband/Regionale\\_ntwicklung/Regionaler\\_Wohnungsmarktbericht4\\_web\\_.pdf](https://www.metropoleruhr.de/fileadmin/user_upload/metropoleruhr.de/01_PDFs/Regionalverband/Regionale_ntwicklung/Regionaler_Wohnungsmarktbericht4_web_.pdf)

Hier findet man konkrete Angaben zu den aktuellen Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt, den bestehenden Problemen sowie Anregungen was man im Bereich der Stadtentwicklung tun muss, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. So verweist man u.a. darauf, dass preiswerter Wohnraum nicht räumlich konzentriert geschaffen werden soll, um der weiteren Segregation entgegen zu wirken.

Außerdem findet ihr unter [http://www.staedtereion-ruhr-2030.de/cms/handlungsfeld\\_wohnen.html](http://www.staedtereion-ruhr-2030.de/cms/handlungsfeld_wohnen.html) die vom RVR in Auftrag gegebene Regionale Nachfrageanalyse „Wohnungsmarkt Ruhr 2040“.

Dabei ist es notwendig nicht nur auf der Stadtebene nach Lösungen zu suchen, sondern auch im Ballungsraum Ruhrgebiet die Anstrengungen auf regionaler Ebene zu erhöhen. Ein erster Schritt hierfür ist der Aufbau eines einheitlichen Leerstandsmonitorings und die Erarbeitung von Überlegungen für ein Regionales Konzept Wohnen.

## **Einige Pressemitteilungen ...**

---

### **10-Punkte-Plan von IHK und DGB lässt Verkehrswende außen vor „Soziale Teilhabe“ geht als Ziel unter – Lösungsansätze des RVR einbinden**

---

**13.11.2018**

Die Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR) begrüßt, dass die Industrie- und Handelskammern und der DGB darauf drängen, die Verkehrsprobleme des Ruhrgebietes zu lösen und passgenauere mobilitäts- und verkehrspolitische Konzepte auch im Rahmen der Ruhrgebietskonferenz weiterzuentwickeln. Allerdings spart der 10-Punkte-Plan die dringend notwendige Verkehrswende hin zur Stärkung des Umweltverbundes (zu Fuß, Rad, ÖPNV) aus.

Wolfgang Freye, Vorsitzender der Fraktion dazu: „Es ist ja völlig richtig, dass IHK und DGB davon ausgehen, dass Mobilität die Grundvoraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung und soziale Teilhabe ist. Der 10-Punkte-Plan wird dieser Aussage jedoch nicht gerecht. Er trägt weder der in vielen Untersuchungen belegten Tatsache Rechnung, dass gerade im Ruhrgebiet mit seinen vom Anspruch her, ‚autogerechten Städten‘ die Verbindungen des Öffentlichen Nahverkehrs viel zu schlecht sind, noch macht er die Tarifstrukturen zum Thema. Es ist für viele einfach zu teuer, wenn ein Einzelticket von Essen nach Dortmund je nach Zielstadtteil bis zu 12,50 Euro kostet. Statt sich für einen Ausbau des ÖPNV stark zu machen, lassen sich die IHKn und der DGB unkonkret über das Ruhrgebiet als ‚Modellregion für Innovationen auf Schiene und Wasserwegen‘ aus und wollen Fahrverbote vermeiden. Kein Wunder, dass der Ausbau der Radwege schlicht nicht vor kommt.“

Seit Sommer 2016 arbeitet der RVR zusammen mit den Kommunen, den Verkehrsverbänden und den IHKn an einem Regionalen Mobilitätskonzept, welches auch alle im 10-Punkte-Plan aufgeworfenen Themen in den Blick nimmt. Die dort bisher formulierten Ansprüche und Inhalte sind jedoch nicht so einseitig, wie der 10-Punkte-Plan.

Wolfgang Freye weiter: „Die IHKn und der DGB sollten sich dafür stark machen, dass die Diskussionen rund um das Regionale Mobilitätskonzept in die Ruhrkonferenz ‚eingespeist‘ werden. Das würde aus unserer Sicht Sinn machen, zumal gerade der Ausbau des ÖPNV ohne stärkere finanzielle Förderung von Bund und Land schlicht nicht lösbar ist. Genau dafür sollte sich die Ruhrkonferenz jedoch einsetzen.“

Für völlig berechtigt und überfällig hält die Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR) die nun auch vom Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) im Gutachten „Die Zukunft des Ruhrgebietes“ erhobene Forderung nach einem Abbau der Altschulden der Kommunen im Ruhrgebiet durch das Land NRW. Ansonsten enthält das vorgelegte Gutachten des unternehmernahen Institutes nicht viel Neues, sondern vor allem aktuelle Zahlen für bereits lang bekannte Tatsachen.

Wolfgang Freye, Vorsitzender der Fraktion dazu: „Die Landesregierung muss sich endlich um eine Lösung der Altschuldenfrage der Kommunen kümmern, denn die Altschulden und die damit zusammenhängenden Dispositionskredite behindern die Handlungsfähigkeit der Kommunen. Der Verweis auf Hessen ist dabei berechtigt, wobei die Situation der Ruhrgebietskommunen schwieriger ist. Geringe öffentliche Investitionen, hohe Sozialausgaben – die Städte im Ruhrgebiet können diese Probleme nicht allein lösen. Was die Wirtschaft selbst dazu beitragen kann, eine ‚Aufbruchsstimmung für das Revier‘ zu erzeugen – zu dieser Frage ist jedoch Fehlannonce zu vermeiden. Dabei sind der Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit, die Verbesserung der Ausbildung und auch der Kinderbetreuung für Beschäftigte, die Kooperation mit den Hochschulen, die Verlagerung von Transporten auf die Schiene etc. alles Punkte, wo die Unternehmen, gerade die großen Konzerne im Energie-, Stahl- und Chemiebereich, auch selbst tätig werden könnten.“

Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE im RVR sollte die Studie in die Diskussion der vom Land gewollten Ruhrkonferenz einfließen, in deren Beirat Arndt G. Kirchhoff für Unternehmensverbände ist.

Wolfgang Freye weiter: „Immerhin ist die hohe Langzeitarbeitslosigkeit und die damit verbundene Armut überhaupt ein Thema in der Studie des IW, während es im aktuellen Konzept der Landesregierung zur Ruhrkonferenz keine wirkliche Rolle spielt. Zum anderen verweist die Studie auf die Notwendigkeit der Stärkung des RVR. Bleibt zu hoffen, dass Herr Kirchhoff sich dafür stark macht, dass der Verband und das Ruhrparlament endlich auf Augenhöhe an der Ruhrkonferenz beteiligt werden.“

Zur Stärkung der Kooperation der Ruhrgebietskommunen wird die Fraktion weiter darauf drängen, dass endlich die Studie zur Aufgabenübertragung der Kommunen an den RVR auf den Weg gebracht wird, die CDU, SPD und Grüne bisher ablehnen.

---

*Hinweis zum Abonnement des Newsletters der Fraktion DIE LINKE im RVR:*

*Wenn Sie das Abonnement beenden möchten, senden Sie bitte eine Mail mit dem Betreff: „Abmeldung Newsletter“ an die [dielinke@rvr-online.de](mailto:dielinke@rvr-online.de).*

**Impressum:**

DIE LINKE im RVR, V.i.S.d.P. Heike Kretschmer Gutenbergstr. 47; 45128 Essen  
Telefon: (0201) 2069-325 Fax: (0201) 2069-334  
Email: [dielinke@rvr-online.de](mailto:dielinke@rvr-online.de) Internet: [www.dielinke-rvr.de](http://www.dielinke-rvr.de)